



T34/85 der „Roten Armee“ in Berlin am 17. Juni 1953.

(Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-F005191-0040, [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>])

Freie Wahlen! Nieder mit der Regierung! Wiedervereinigung Deutschlands! Mit diesen Forderungen traten im 17. Juni 1953 Menschen im Ostteil Berlins auf die Straße. Die Symbole der kommunistischen Diktatur und SED-Einparteiherrschaft wurden von den Gebäuden gerissen, rote Parteifahnen verbrannt. Für die Männer und Frauen des 17. Juni gab es nämlich nur eine Fahne: Schwarzrotgold. Sie sangen jenes Lied, das den Machthabern besonderen verhasst war: Das *Lied der Deutschen*. Wenige Stunden später weiteten sich die Proteste in der ganzen „DDR“ aus: Von Rostock über Eisenach bis nach Dresden drängten Menschen auf die Straßen und forderten die Vereinigung beider deutscher Staaten in freier Selbstbestimmung. Das kommunistische SED-Regime unter dem Stalinisten „Spitzbart“ Walter Ulbrich wankte. Der Aufstand des 17. Juni wurde schließlich durch die Soldaten der „Roten Armee“ und ihre Panzer niedergeworfen. Es sollte weitere Jahrzehnte dauern, bis die Deutsche Frage von der Geschichte beantwortet wurde.



Handreichung – Info-Stand-Kampagne „17. Juni“



Jahrzehntelang war der 17. Juni offizieller Feiertag der Bundesrepublik Deutschland. Der Nationalfeiertag erinnerte an die Verpflichtung, die Einheit des deutschen Volkes in Freiheit und Einheit wiederherzustellen. Über die Jahrzehnte wendeten sich CDU und SPD leider von diesem großen Ziel immer mehr ab: Viele in der SPD akzeptierten die „Zweistaatenlösung“. Noch bis in die 1980er Jahre forderte die SPD regelmäßig die Präambel des GG zu ändern und die „DDR“ völkerrechtlich anzuerkennen. Man müsse eben die „Realitäten anerkennen“, so hieß es unter anderem bei der Parteilinken. Die Präambel des GG galt auch für den „unfreien“ Teil Deutschlands. In der Amtszeit Helmut Kohls wurde der „DDR“ ein Milliardenkredit gewährt (1983), der ihre Existenz noch um Jahre verlängerte. Im Jahr 1987 empfing Kohl Erich Honecker zum „Staatsbesuch“ in Bonn. Nur zwei Jahre vor der friedlichen Revolution, die zum Untergang der „DDR“ führte.

Die ältere Generation erinnert sich noch an den 17. Juni. Dieser Schicksalstag zeigt, dass die Forderung nach nationaler Einheit Wunsch und Sache des gesamten deutschen Volkes war.

Wir, die AfD, erinnern heute daran:

Weil wir die errungene Einheit – die Vereinigung aller Deutschen in einem Nationalstaat – als hohes Gut betrachten, das nicht zu Gunsten zentralstaatlicher Bevormundung aufgegeben werden sollte. Deutschland sollte als souveräner Nationalstaat nicht immer mehr und mehr Kompetenzen an die EU abtreten. Unsere Demokratie soll als bürgernahe Selbstbestimmung vor Ort erhalten bleiben. Deshalb tritt die AfD für ein Europa der Vaterländer ein! Weil unsere Demokratie nicht zur Parteienherrschaft erstarren darf, sondern weiterentwickelt und ergänzt werden muss, fordern wir regelmäßige Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild! Weil die Freiheit immer auch die Freiheit Andersdenkender ist und jede Demokratie auch eine echte Opposition braucht.

Haben Sie manchmal das Gefühl, dass man unbequeme Fragen nicht mehr stellen „darf“ und Fakten von den Etablierten zur Seite geschoben werden, wenn sie nicht in das offiziell verkündete Bild passen (z.B. bei den Themen EU, Euro, Asyl, Einwanderung, Islam) – dann sollten Sie der AfD eine Chance geben. Denn wir stehen für den Mut zur Wahrheit. Wir



Handreichung – Info-Stand-Kampagne „17. Juni“



stellen den Mächtigen unbequeme Fragen, passen uns nicht der sogenannten Political Correctness an, eine behauptete Alternativlosigkeit gibt es für uns nicht!

Weil Patriotismus für uns wichtig ist: Wir wollen als Deutsche unsere Kultur und nationale Identität bewahren! Auch wenn die SPD anderes behauptet: Es gibt eine deutsche Kultur, und wir können stolz auf sie und unsere jahrhundertealte Geschichte sein. Gerade am 17. Juni 1953 zeigte sich, dass sich die Aufständischen trotz kommunistischer Propaganda ihrer Volkszugehörigkeit und Identität bewusst waren.

Deshalb wollen wir mehr Patriotismus wagen und unseren Kindern ein positives Bild unseres Landes vermitteln!

Weil die Bürgerrechte uns wichtig sind und wir die Gefahr sehen, dass jede nicht linke Meinung unterdrückt wird, z.B. indem die Regierenden aktuell versuchen, den Meinungsaustausch über die Sozialen Medien einzuschränken. Das wollen wir nicht! Die AfD steht für die Meinungsfreiheit mündiger Bürger ein!

Heute sprechen wir Sie als deutsche Patrioten und Demokraten an. Der 17. Juni ist ein guter Tag, um über Deutschlands Zukunft zu sprechen und zu diskutieren.

Der Landesvorstand